

Streikhauptmannschaft Bericht erstattet wurde. Als der Bericht gegeben, ging durch die vieltausendköpfige Versammlung ein Sturm der Entrüstung, und man beschloß einstimmig, in den Streik einzutreten, um die gestellten Forderungen zu erzwingen. Ein Streikkomitee wurde gewählt, welches aus den Kameraden Louis Müllner, Anton Struz, Johann Grob und Hermann Zimmermann bestand. Die Beteiligung am Streik war sehr groß, nur, als dann ein Anschlag in den Mannschafsstuben ausgehängt wurde, wo auf § 80 Piffer 5 des Allgem. Berggesetzes hingewiesen wurde, daß diejenigen, welche länger als drei Tage vom Werke unentschuldig fehlten, entlassen seien und keinen Anspruch auf ihr eingezahltes Knappschaftsgeld mehr hätten, ließ die Beteiligung erheblich nach. Mit solchen Mitteln suchte man den Streik kaputt zu machen, was den Herren auch gelang. Diese Bekanntmachung tat ihre Wirkung, denn in Massen krochen die Leute wieder in den Schacht, und so war denn das Streikkomitee gezwungen, schon am 28. Mai über die Aufhebung des Streiks abstimmen zu lassen. Die Mehrheit der Bergarbeiter stimmte für Aufhebung, womit der Streik für beendet erklärt und am 24. Mai die tapferen Streiter die Arbeit wieder aufnahmen. Das Kapital frohlockte, und die gegebenen Versprechungen, keine Maßregelungen vorzunehmen, waren dahin. Maßregelungen hagelte es förmlich. So das Ende einer großen Bewegung der Bergarbeiter, die für sich und ihre Familien ein größeres Stück Brot erkämpfen wollten. Wann werden die Bergarbeiter endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß nur eine gute, starke Organisation in der Lage ist, endlich Membran in diesen traurigen Verhältnissen zu schaffen, nicht aber gelbe oder Knappen-Vereine. Bergarbeiter, nehmt euch die Arbeit selber zum Muster, diese lassen sich von euch nicht vor-schreiben, was sie tun und lassen sollen, sondern handeln selbstständig, wie sie es für ihre Interessen am vorteilhaftesten halten, den armen Bergarbeiter auszubehnen. Darum, Bergarbeiter, macht es nach, was euch von euren Arbeitgebern vorgemacht wird: handelt selbständig!

* Hermann Zimmermann.

Vor fünfundsanzig-Jahren. In Saarablen.

Im wirtschaftlichen Betriebe Saarablen waren Anfang Mai 1889 Abnormitäten absolut nicht wahrzunehmen. Allgemeine Gleichmäßigkeit herrschte überall. Dröhnend sauste der Dampfhammer in regelmäßigen Zeitabständen nieder, die Schöte ergossen ihren Rauchquahl wie immer über blühende Felder und Wiesen, unaufhörlich jurrten die Räder auf den Röllern der Kohlenwägen und förderten Tag um Tag in immer größeren Mengen den schwarzen Diamanten zutage. Fürchterliche Gleichmäßigkeit auf der ganzen Linie. Nur die Natur feierte, diesmal gegen Gewohnheit und Sitte prunkvoller denn je ihr Frühlingsfest. In heiterer Wärme erging sich der Himmel, die Sonne lachte und sandte ihre goldenen Strahlen hinaus in Feld und Wald und belebte die Herzen der Menschen. Selbst in der Stille des festsitzenden Saarbergmanns hielt sie Einkehr. Auch ihn, besaßte neues Leben und neue Hoffnung, ihn, der jahrelang in Demut, Zurückgezogenheit und Ergebenheit nur so dahinzulebte, der sein traditionelles, starrer unabweichendes Schicksal mit christlicher Geduld zu tragen gewohnt war, ohne auch nur einmal zu murren, ohne auch nur einmal ernstlich den Gedanken auf Besserung seiner trübseligen Lage in sich aufzunehmen. Verzweiflung hatte ihn, den „königlichen“ Saarbergmann, gepackt. Infolge der durch die schlechte Entlohnung bedingten Unterernährung und der damit untrennbar verbundenen Degeneration war er körperlich und geistig widerstandslos geworden, war von altersher gewohnt, sich wie ein Selote bebuckelnd, zu entziehen, sich unterdrücken und in Gottes wie im Namen des irdischen Dreigestirns wie eine Zitrone aus-pressen zu lassen. Wohl trübselte er zuweilen, wenn ihm das schmähvolle Joch weiter zu tragen unmöglich erschien, zu Hause im stillen Kämmerlein mit den Händen, wohl füllte sich sein Herz vorübergehend mit Bitterkeit und Groll, aber sein Bos betrachtete er allezeit von Gott bestimmt, als für vorgeschriebenen Weg durch das irdische Jammerthal. Vor dem Talar des Geistlichen, vor der Schirmmütze seines Steigers erstarrte er allezeit in Demut.

Und doch... Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden... Auch für den Saarbergmann kam, was unbedingt kommen mußte. Der Bogen war überspannt, er mußte zerreißen, und er zerriß. Die Streikwogen aus dem Ruhrrevier wälzten sich in andere Bergbaugelände und verschonten auch das patriarchalisch regierte Rollenbeken an der Saar nicht. Wohl war es dem preussischen Bergfiskus nicht unbekannt geblieben, daß sich Gewitterwolken über seinem Haupte zusammengezogen, aber an eine Entladung dachte er am allerwenigsten. Dafür glaubte er seine getreuen „königlichen“ Fridolins viel zu gut zu kennen... Doch er hatte sich verrechnet. Auch bei den Saar-kämpfern fing es an, sich zu regen. Mit einem Interesse, das man von ihnen nie gehabt hätte, verfolgten sie die Streiknachrichten aus dem Ruhrrevier. Menthalben schon flüsterten sie sich zu, daß nun auch ihre Zeit gekommen, daß man nun „los-schlagen mußte“. Und als es gar zur Gewißheit wurde, daß der deutsche Kaiser eine Deputation der streikenden Kameraden im Ruhrrevier zu empfangen gedente, um persönlich ihre Wünsche kennen zu lernen, da erreichte die Begeisterung ihren Gipfel-punkt. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel durchschellte am 14. Mai die Kunde das Saarrevier, daß am folgenden Tage auf dem Bildhof eine große Versammlung der fiskalischen Bergarbeiter stattfinden sollte. Keine Presse, kein Plakat oder sonstiger An-schlag kündigte dies ungewohnte Ereignis an, sondern von Mund zu Mund ging die Verständigung.

Und es klappte; die „revolutionäre Periode“ des Saar-reviers hatte ihren Anfang genommen. Ueber 3000 königstreue Knappen, zum größten Teil Mitglieder der Belegschaften der Gruben Friedrichsthal, Sulzbach, Altenwald, Seintz und Reben, zogen nach Bildhof und erhoben Anklagen gegen ihren „königlichen“ Arbeitgeber. Das Maß der Erbitterung war zum Ueber-laufen voll. Und die sonst so ergebenen, zaghaften und furcht-samen Bergleute redeten eine Sprache, die an nüchternen Deut-lichkeit nicht zu wünschen übrig ließ; es herrschte Begeisterung, Kampfstimmung. Das Eis war gebrochen.

Die Versammlung stellte einstimmig zwölf Forderungen auf, deren hauptsächlichste waren:

- 12stündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt;
- Sauerlöhne von mindestens 4 Mark pro Schicht;
- Verabschiedung der Lehrzeit auf drei Jahre;
- Wegfall des Verschusses der Eingangskollen während der Schicht;
- Abkündigung des Wagnemüllens;
- Anständige Behandlung durch die Beamten.

Die Forderungen sollten der Bergverwaltung unterbreitet, falls selbige nicht innerhalb acht Tagen zugefagt seien, un-ber-äuglich der Streik proklamiert werden. Als Tag der Entgegen-nahme des Resultats der mit der Verwaltung zu pflegenden Verhandlungen behav. des zu proklamierenden Streiks war der 22. Mai im Aussicht genommen. Nachdem die Verwaltung sich von ihrem ersten Schreck erholt hatte, erließ sie bereits am

17. Mai durch Anschlag auf den Bechen eine Bekanntmachung, wodurch einige Zugeständnisse untergeordneter Natur gemacht wurden, welche letztere dann durch den schriftlichen Beschluß vom 21. Mai, der seitens der Bergverwaltung dem in der Versamm-lung gewählten Vorstande erteilt wurde, noch eine, aber eben-falls minimale Erweiterung erfahren haben. Und schon am 22. Mai sprachen die „königlichen“ Kumpels über ihre „könig-lichen“ Arbeitgeber ihr Verdict. Es lautete auf Schuldig. Schon am nächsten Morgen sollte der Streik beginnen. Während aber in der Versammlung am 15. Mai nur etwa 3000 Bergleute an-wesend waren, belief sich die Zahl der Teilnehmer an der zweiten Versammlung auf mehr denn 15 000. Der Solidaritätszweck hatte während dieser sieben Tage Wunder gewirkt. Am 28. Mai „flogen die Vögel“. Jedoch beteiligten sich am Streik nur die Belegschaften der Gruben Sulzbach, Altenwald, Friedrichsthal, Seintz, Reben, Maybach und Dechen mit ca. 12 000 Mann, während auf den Gruben des unteren Reviers mit einer Be-legschafsziffer von ungefähr 14 000 Mann weiter gearbeitet wurde. Mag dieser Streik auch nur als ein Teilschritt be-zichnet werden, aber ein Ereignis ist damit zur Tatsache ge-worden, daß die Optimisten wenige Tage vorher noch für un-möglich gehalten. Die sonst so überaus wortkargen Kumpels wurden mit einem Male so redselig, gegenseitig so zutraulich, daß es eine helle Freude war. Jegliche religiöse oder politische Voreingenommenheit war verschwunden, helle Begeisterung und unerschütterliche Siegeszuversicht lagerte auf den sonst so ver-grämten Gesichtern; ein einzig Volk von Brüdern im wahren Sinne des Wortes. Besonders traf dies auch für die Belegschaft der Grube Sulzbach zu. Geschlossen wurde die Arbeit nieder-gelegt, obwohl die gesamte Beamtenschaft — hohe und niedere — es am Morgen des 23. Mai bei der Arbeit an nichts fehlen ließ, die „königlichen“ Saarbergleute vor diesem „brüderlichen Schritt“ zu warnen. Mit Hochrufen und Gesang verliehen sie die ungasliche Stätte ihrer gewohnten Tätigkeit und gingen zu Muttern. Die feierliche Stimmung, die Freude der Streifen-den, einmal frei zu sein, machte auf die gesamte Bürger-schaft einen derartigen Eindruck, daß alle die Sache der Bergleute als die ihrige betrachteten. Selbst Bergbeamte, wie z. B. der da-malige Bergassessor und spätere Generaldirektor Hilger, waren von diesem Eindruck dermaßen hypnotisiert, daß sie — wie Hilger — in den Jubel mit einstimmen und das Lied: „Nun legen wir die Arbeit nieder“ aus heller Stimme mitsangen. Gerade Herr Hilger, der spätere Bekämpfer jeglichen Zusammenschlusses der Arbeiter, war es, der die gelegentlich in Gruppen zusammen-stehenden Streikenden ermunterte, nur „festzuhalten an der ge-rechten Sache“. Allseits wurde zugegeben, daß die Lage der „königlichen“ Saarbergleute wirklich verbesserungsbedürftig sei, allseits wurde auch anerkannt, daß eine geradezu musterhafte Ruhe im Streikgebiet herrschte. Aber trotzdem begann gleich von Anfang an die übliche Nadelstichpolitik. Die Wirt-schaften mußten um 9 Uhr geschlossen werden, Militär wurde requiriert usw. Dies ließ aber keineswegs den guten Humor der Streikenden erlahmen, bald schien es gar, als hätten die streikenden Bergleute mit dem Militär Waffenbrüderlichkeit vereinbart, so innig und zutraulich war der beiderseitige Verkehr. Inzwischen ließ auch die Bergverwaltung etwas von sich hören. Am 25. Mai ließ sie eine Antwort auf die Forderungen der Streikenden vom Stapel, die sich im wesent-lichsten aber nur mit der Bekanntmachung vom 21. Mai deckte. Ueberall im ganzen Revier fanden darauf Versammlungen statt; die aber die Zugeständnisse der Verwaltung als nicht diskutabel bezeichneten und Fortsetzung des Streiks beschlossen. In den folgenden Tagen wurden die Bemühungen zur Beilegung des Streiks fortgesetzt, die dann zu dem Resultat führten, daß seitens der Verwaltung weitere Zugeständnisse gemacht und am 3. Juni die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Für weiteren Blindstoss aber sorgte die Verwaltung, indem 48 der Streikenden nicht wieder eingestellt wurden. Diese bittere Enttäuschung hatten die „königlichen“ Saarbergleute nicht er-wartet. Aber sie lernten dadurch den Wert der Organisation erkennen und beschlossen alsbald, einem „beständigen Zusammen-halt“ die Wege zu ebnen. Bewußt dessen fanden nach Ablauf des Streiks Verhandlungen mit den Vertretern der einzelnen Gruben statt und bereits Ende Juni waren dieselben so weit gediehen, daß am 9. Juli in einer von Tausenden besuchten Ver-sammlung die Gründung der Organisation beschlossen werden konnte. Als Vorsitzender wurde der Bergmann Nikolaus Warken, genannt „Eckstein-König“, bestimmt. Neue, große Hoffnungen besaßten die Saarbergleute. Alle stellten sie sich mit ihrer ganzen Person in den Dienst der neu geschaffenen Organisation. Ein wahres Wettstreben begann, jeder wollte dem jungen Verein die meisten Mitglieder zuführen. Und schon Ende des Jahres zählte der Rechtshühverein fast vier Fünftel der Saarbergleute zu seinen Mitgliedern. Einflußreiche Förderer entstanden ihm aus den Kreisen der katholischen Geistlichkeit, so vor allem durch Kaplan Dasbach, die es an nichts fehlen ließen, den jungen Verein dem politischen Zentrum dienbar zu machen. Daß dies nicht gelang, hatte seine Ursache zum Teil darin, daß die Grubenverwaltung den Rechtshühverein mit allen Mitteln kapitalistischen Terrors bekämpfte, was natur-lich notwendig zur Folge haben mußte, daß die Leitung des Vereins, wenn man so sagen will, ohne ihren Willen immer mehr ins radikale Fahrwasser gedrängt wurde. Andererseits aber war auch die evangelische Geistlichkeit nicht untätig, sie wollte unter allen Umständen verhindern, daß ihre Amtsbrüder von der anderen Couleur dominierten Einfluß auf den Rechtshüh-verein gewinnen, und rieten zur Gründung von Gegenorgani-sationen, wobei sie in väterlicher Sorgfalt vor den „Römlingen“ warnte. Diese traten auch bald in Gestalt evangelischer Arbeiter-vereine, die von den Saarbergleuten als „Unfalschvereine“ bezeichnet wurden, in Erscheinung. Großen Einfluß gewannen sie aber nie, da nach Ansicht der Rechtshühvereiner nur „Schmierlappen“ und „Mauschbacher“ darin Unterschlupf suchten. Trotz dieser Gründung aber erlitt der Eifer der Bergleute für den Rechtshühverein keine Trübung.

Am 22. September 1889 fand in Saarbrücken in heu-tigen Gewerkschaftshaus eine von 15 000 Saarberg-leuten besuchte Versammlung des Rechtshühvereins statt, an welcher auch der Kaiserdelegierte Ludwig Schröder, unser „Ruh“, teilnahm. Weil nun die von dieser Versammlung auf-gestellten Forderungen nicht bewilligt wurden, die Zahl der Herausgeschmissenen immer größer wurde, traten am 12. De-zember die Saarbergleute wieder in den Streik. Die Berg-verwaltung machte nun weitere Zugeständnisse: die Arbeitszeit sollte einschließlich Ein- und Ausfahrt neun Stunden nicht über-steigen, die Bedinge sollten erhöht werden — für die Grube Sulzbach betrug diese Verbesserung durch-schnittlich 16% Prozent —, die Entlassenen nach Mög-lichkeit wieder eingestellt werden. Auf Grund dieser Ver-sprechungen führten die Belegschaften am 23. Dezember wieder an. Es folgte dann ein Jahr ärgerer Ruhe. Die Saarberg-leute benutzten diese Zeit in der ausgiebigsten Weise zum Aus-bau ihrer Organisation. U. a. bauten sie sich auch ein großes Versammlungshaus, zu dessen Kosten beizusteuern jedes Mit-glied verpflichtet war, sei es nun in Gestalt von Beiträgen oder in Beförderung von Baumaterial. Viele Tausende sah man nach Bildhof wandern, um ihren Tribut in Gestalt von Backsteinen abzuliefern. Bald wurde auch das Vereinsorgan „Schlagel und Eisen“ gegründet, das dann später in eigener Druckerei her-gestellt wurde. Eine geistige Waffe im Sinne unserer modernen

Gewerkschaftspresse war der „Schlagel und Eisen“ nie. Als Gegenstück zu dieser Pressegründung tief die Bergverwaltung den „Bergmannsfreund“, Organ zur „Belebung“ der Berg-leute, ins Leben, in dessen Redaktion Herr Gwald Hilger trat. Aber die Bergleute gingen über die Gründung dieser „geistigen Waffe“ ihres fiskalischen Arbeitgebers zur Tagesordnung über und arbeiteten mit Feuerifer weiter an dem Ausbau ihrer Organisation. Sie gingen noch weiter und errichteten Konsumanstalten und bergmännische Kasinos. Der „Bergmannsfreund“ unter Leitung des nachmaligen „Saar-Bismarcks“ — wie Ost und Galle; die Verwaltung schwang die Peitsche von neuem, von allen Gruben hielten beständig Einzel-entlassungen ein. Aber auch an Versuchen mit dem Zuckerbrot fehlte es keineswegs. Es schien der Verwaltung besonders daran gelegen zu sein, einen Gegensatz zwischen bergmännischer Be-völkerung und der bis dahin mit ihr sympathisierenden Ge-schäftswelt zu konstruieren. Dies Ziel glaubte man dadurch zu erreichen, daß man die Bergleute glauben zu machen suchte, der Lohn reiche zur Bildung eines angemessenen Haushalts eigent-lich ganz gut aus, wenn nicht der Zwischenhandel, die Geschäfts-leute, den Rahm von dieser Bergmännlichkeit vorweg abschäume.

Dieser Trick war nicht dumm angelegt. Und um das „Wohl-wohlen“ der Bergbehörde den Bergleuten gegenüber in noch er-höhterem Maße erschein zu lassen, erbat sich Bergassessor Hilger, der als ungemein reicher Mann galt, die Lebensmittel en gros zu beschaffen. Bewußt dessen erkannten Unterbeamte auf allen Gruben Personen, die die Bestellungen des Waren-bedarfs der Bergleute entgegennehmen sollten. Bald war der Speisezettel auch fertig. Hülsenfrüchte, Kohl, Speck, Kartoffeln usw. wurden in solcher Menge bestellt, daß man sich vielfach in Bergarbeiterkreisen zurüchte, wo denn Hilger auf einmal all das „Beug“, dessen Menge wohl auf Hunderte von Waggons angelauten war, hernehmen möge. Die Zweifler sollten recht behalten. Nach monatelangem Harren kam — nichts. Die Berg-leute glaubten sich gepöppelt. Einige der Sammler der Bestellungen unterbreiteten durch ihre Steiger Herrn Hilger die Rechnungen für ihre Bemühungen, Hilger soll aber darauf nie reagiert haben.

Die junge Organisation traf dann noch ein weiterer Schlag insofern, als am 24. März 1890 ihr Vorsitzender, Vater Warken, befaßt Verhaftung der über ihn verhängten neunmonatigen Ge-fängnisstrafe verhaftet wurde. Diese Verhaftung verursachte unbeschreibliche Erbitterung und allen Ernstes hatten die Berg-leute daran, ihren „Mißlaß“, wenn nicht anders, dann mit Ge-walt aus dem Gefängnis zu befreien. Die besonnenen Elemente rieten jedoch davon ab und Warken verbüßte seine Strafe. Unter-dessen setzte auch schon der Zerkerungsprozess in wahrnehmbarer Weise ein. Gefördert wurde derselbe hauptsächlich dadurch, in-dem die Führer „geheimer Verbindungen mit Sozialdemokraten“ bejagt wurden. Der sonst so geschäftige Merus erließ einen Aufruf, in welchem vor den „Sozialdemokraten“ gewarnt wurde und Kaplan Dasbach empfahl: „Vertrauen zu den Vorgesetzten“.

Karl Krämer.

Erinnerungen an den Kampf in Niederschlesien 1889.

Am 15. Mai dieses Jahres sind 25 Jahre vergangen, seit-dam die niederschlesische Bergarbeiterschaft, trotzdem von einer Organisation noch keine Rede sein konnte, wenigstens auf kurze Zeit, einmütig wie ein Mann, sich ihrer Menschenrechte be-wußt wurde und einen heldenmütigen Kampf um ein besseres Dasein führte. Gätte damals schon eine Organisation be-standen, so wäre man jedenfalls sehr schnell bei der Hand ge-wesen und hätte die Schuld den „Aufwieglern“ und „Sckern“ in die Schuhe geschoben. Das war aber keineswegs der Fall. Es bestand im hiesigen Revier nur eine lokale Vereinigung von zwei bis drei Knappenvereinen. Den Schöpfer dieser Ver-einigung namens Merkel, hatte man schon hinausgegrault. Dieser suchte sein Heil in Amerika; jedenfalls war es ein ge-rader, ehrlicher Kamerad. Merkel glaubte, auch durch die Knappenvereine reformierend auf die Bergarbeiterverhältnisse einwirken zu können. Diese zwei bis drei Knappenvereine, ohne irgendwelche gewerkschaftliche Schulung ihrer Mitglieder und Führer, waren aber alles andere, nur keine Verechter von Ar-beiterinteressen, wie sich zur Genüge später gezeigt hat. Einige dieser Vereine (im Laufe der Zeit wurden fast in jedem größeren Bergarbeiterort solche Vereine gegründet) sind mit fliehenden Fahnen zur gelben Gewerkschaft übergegangen. Wer kennt sie nicht, die Pfeiffer, Ruchmann, Kaufser und den aus dem Neu-roder Revier heringeschickten Spiker, jetziger zweiter Vor-sitzender des Reichsstreuen Verbandes?

Die Ursachen der damaligen Bewegung lagen tiefer. Trotz-dem die hiesigen Werke keineswegs über Abzahnangel zu klagen hatten, waren doch die Bedinge, speziell auf Glückhügeln, wo der Streik ausbrach und sofort auf die anderen Werke übergriff, durch einen dreimaligen Reviersteiger-Wechsel in der 3. Ab-teilung des Wangel- und in der 1. Abteilung des v. d. Seydt-Schachtes (zu obigen Werke gehörig) derart herabgeregelt, daß an dem betreffenden Tage (15. Mai) Sauerlöhne bis herab unter 2 Mark pro Schicht und Schlepperlöhne von 1,10 Mk. ausbezahlt wurden. Großmütig, wie man sich immer auf-spielte, hatte man die Löhne der Förderleute auf 1,30 Mk. pro Schicht erhöht. Mit diesen „Löhnen“ konnten die Schlepper aber beim besten Willen nicht auskommen; denn alle 2—3 Monate waren ihnen in den nassem, versauten Strecken ein paar Eitel-fel für 12—14 Mark buchstäblich von den Füßen gefault. Die Grubenkontrolle lag damals noch sehr im argen, und Schreiber dieser Zeiten konnte später einmal in aller Deffentlichkeit er-klären: „Ich fahre 15 Jahre an, Feiern ist nicht meine Sache, ich habe aber in der Zeit noch keinen Berg-ra-tin in der Grube gesehen!“ Die Antreiber stand in voller Blüte. Die Ueberwachten sagten sich, und selbst Sonntags mußte mehrfach 10stündig verfahren werden. Die ganze Woche wurde in 12stündigen Schichten geschuftet oder wo vollständige Anarchie herrschte, wurde heute gefeiert, morgen und die anderen Tage der Woche wurde 12stündig gearbeitet. Die Behandlung der Bergarbeiter, die heute noch ein Schmerzenskind ist, war damals noch viel unmwürdiger und scholler. Ueberdies mußten sich die Bergarbeiter noch vollbrachter 12stündiger Schicht im Winter, noch dazu in Eis und Schnee, auf dem fluffigen, un-beleuchteten Grubenholzpläne das zum Verbaun notwendige Holz herbeischaffen. Beschwerden wurden glatt abgemiesen. Den Groll, der unter der Bergarbeiterschaft flackte, und der auch den Beamten nur zu gut bekannt war, glaubte man mit Sauer-hallen, auf denen die Herren den „Wohltäter“ spielen, wieder ersticken zu können. Raun waren jedoch die letzten Trompeten-klänge verklungen — in den bürgerlichen Zeitungen standen noch die Dankfagungen für die Geschenke, bestehend in Freibier und einer Beihilfe für Musik — sprenge der Sklave lürend seine Ketten. Die Förderleute vorstehend genannter Steiger-reviere führen für diesen erbärmlichen Lohn, der ihnen am 15. Mai ausgehändigt wurde, nicht wieder ein. Indem man ihnen mit Polizei und Staatsanwalt drohte und sie als „Pöppel“ bezeichnete, ihnen nach einer nicht demontierten Sage sogar Leuten-Müden (Bekanntlich zum Besetzen der Wohltäter) als Speise empfahl, lagoll die Erinnerung herartig, daß sich auf den großen Grubenplänen am nächsten Tage eine nichttäuend-

Woffige Menschenmenge ansammelte und Lohngegenstände verlangte. Erst als man gar keine Miete machte, zu verhandeln, sondern die Arbeiter durch die Bureaufenster noch häßlich anblickte, ging man dazu über und schickte die Arbeiter, die Arbeiter und Schichtmeister-Bureaus, verprügelte seine Peiniger und löste die Arbeiter aus. Auch an Maschinen und sonstigen Inventar schickte man seine Hände und demolierte es. Seit dieser Zeit dauert auch der „heilige Rott von Nieder-Herrnsdorf“, Obgleich die Gruppenbereiter Schnell Willkür herbeiführen, welches auch nach sehr kurzer Zeit aus Freiburg, Schweidnitz und Breslau eintraf, konnte man dennoch nicht verhindern, daß auch der Streik auf die anderen Werke übergriff. Ein Beweis, daß auch dort die Verhältnisse nicht besser waren, und fast das ganze Revier lahmlag. Wegen Mangel an Geldmitteln — die hiesige Bevölkerung lebt meist von der Hand in den Mund und ist in punkto Armut mit den Gegendorten, deren Armut sprichwörtlich ist, verwandt — konnte sich die Bewegung nicht lange halten. Zudem fehlte es, mangels einer Organisation, an einer sachgemäßen Leitung. Mächtig brach der Streik zusammen. Mit Groll und Murren wurden die Bergarbeiter, ohne bestimmte Zusagen erreicht zu haben, wieder ins alte Joch zurückgeführt. Undarbar waren die Folgen. Es ist wohl nicht zübel behauptet, wenn man sagt, daß durch die Festsitz damals mehr wie 100 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt wurden. Ob auch die Wunden groß sind, und die Opfer schwer waren, nutzlos ist die Bewegung nicht verlaufen. Eifrig diskutierten man nachher in geheimen Zirkeln — damals bestand noch das Verbot, daß mehrere Vereine gleicher Tendenz miteinander in Verbindung treten sollen — in den Knappenvereinen die Notwendigkeit einer Organisation und schuf im folgenden Jahre schon die ersten Zirkel unseres Verbandes, unseren Gegnern zum Trotz, unteren Kameraden zum Schutz. Und die niederösterreichischen Kameraden waren es auch, die später unserem Verbande, als er unter der Brut von Verfolgungen zusammenzubrechen drohte, über den letzten Punkt hinweghelfen.

August Klumel.

Sind die christlichen Gewerkschaften politisch neutral?

Diese Frage drängt sich jedem auf, der die häßliche Schadenfreude der „christlich-nationalen“ Führerschaft über die Politischerklärung freier Gewerkschaften täglich mit ansehen muß. Die Leitung der „christlichen“ Arbeiterverbände und ihre Zeitungen müssen von der Unparteilichkeit der Polizei- und Justizbehörden eine ganz besondere Meinung haben. Sonst könnten sie nicht über eine Anklage des Vereinsgesetzes Befriedigung empfinden, die den „christlichen“ Gewerkschaften ganz sicher die Politischerklärung bringen muß, sofern noch eine Spur von Unparteilichkeit bei unseren Behörden vorhanden ist. Statt über die kurzfristige Kleinlichkeit der gegen die freien Gewerkschaften erlassenen Entscheidungen zu frohlocken, hätten die „christlichen“ Organisationen allen Grund, gegen die neueste Entschreibung der Gewerkschaften Sturm zu laufen. Denn ihnen wird sie, angesichts ihrer numerischen Schwäche, jedenfalls gefährlicher werden als den freien Verbänden.

Alles das, was dem Bergarbeiterverbände und den anderen Gewerkschaften angekreidet wird als Merkmal ihres politischen Charakters, besitzen die „christlichen“ Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichs- und Landtag, stellen Anträge zu Gesetzentwürfen und nehmen in Relation zu sozial- und berufspolitischen Fragen Stellung. Das geschah bisher auf fast allen „christlichen“ Gewerkschaftsfestungen und Generalversammlungen. Beweise dafür können in reicher Fülle beigebracht werden. Da den freien Gewerkschaften eine solche korporative Stellungnahme zu schwebenden politischen Fragen als politisch eckig und angedreht wird, kann sie bei den „christlich-nationalen“ Verbänden auch nur genau so bewertet werden.

Als weiterer Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unserer Polizei und Justiz deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die „christlichen“ Gewerkschaften keine Ausnahme. Schon im Jahre 1900 haben u. a. die „christlichen“ Textilarbeiter begonnen, mit den Berufsgeoffenen anderer Länder eine Verständigung herbeizuführen. Dann war im Jahre 1908 eine internationale Konferenz „christlicher“ Gewerkschaftsführer in Zürich. Gieseler hielt dort einen Vortrag über „die Notwendigkeit, mit den Arbeitskollegen der anderen Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß, um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern noch mehr, um von einander zu lernen.“

Seither finden diese internationalen Konferenzen der „Christenführer“ regelmäßig statt. Seit dem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes internationales Sekretariat errichtet mit Stegerwald-Köln an der Spitze. Die Beschlüsse der internationalen Konferenzen bewegen sich in derselben Richtung, wie die der internationalen freien Gewerkschaftskongresse. So befaßte sich die internationale Konferenz „christlicher“ Gewerkschaften in Köln am 18. und 19. September 1911 mit dem Auswanderungsproblem und beschloß, der Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses in allen Ländern die eingehendste Beachtung zu schenken.

Das alles läuft auf eine allgemeine politische Betätigung der „christlichen“ Gewerkschaften hinaus, gegen die ein vernünftiger Mensch zwar nichts einwenden kann, die aber bei den freien Gewerkschaften genügen soll, um sie als politische Vereine dem Reichsvereinsgesetz ans Messer zu liefern. Dazu nennen sich die „christlichen“ Gewerkschaften „christlich-national“, obgleich sie, genau wie die freien Verbände, Beziehungen zu den „christlichen“ Arbeitern des Auslandes unterhalten.

Nun bestreiten die „christlichen“ Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwand, sie hätten mit „Politik“ im engeren Sinne gar nichts zu tun. Sieir das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beizuziehen sich aber die „christlichen“ Gewerkschaften sehr stark an politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, wäre bei den zahlreichen vorliegenden Beweisen völlig zwecklos. Die „Christen“ werden einfach von der Zentrumspartei für sich rekrutiert und fügen sich dem. Einige Beispiele:

Die „Trierische Landeszeitung“ berichtete in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrumsparteitages für den Regierungsbezirk Trier:

„Auftrag Ribbentrop erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Bedeutung kommen werden, wenn sie glauben, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stehen aufeinander und führen einen Kampf herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaften gelöst werden könnten. Die beiden Reize schalten, daß beide Richtungen (Kölner und Berliner) dem Zentrum hinhören wollten, daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nicht an.“

Im Godesberg a. Rh. hat am 29. Juni 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der Germania (Nr. 12) und dem „Walden Beobachter“ (Nr. 147) hat der Zentrumsmann a. a. angeführt:

„Ich bin nicht bestimmt, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine waren: Volkverein und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufstellung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unser Wahlhelferbund in der Wahlpolitik, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in alljährlichem Unsporn unsere Presse.“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, eine Zentrumszeitung, wurde von freigeorgistierten Arbeitern aus Gilden wegen Beleidigung verklagt. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgericht Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen, und zwar wegen Billigung des § 198 für den Zentrumredakteur. Erfindend wirkt die Unbefangtheit, mit der die Düsseldorfer Richter die enge Verbindung zwischen Zentrumspartei und „christlicher“ Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschlusse:

„Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitet. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumspartei mußte der Beschlusse als Redakteur eines Zentralblattes dieser Branche Aufnahme gewähren... Hätten die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrumspartei verloren. Der Beschlusse, als Redakteur eines Zentralblattes und als Anhänger der Zentrumspartei, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.“

So schaff untrifft hat noch kein Gericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgestellt, wie es hier dem Zentrum und den „christlichen“ Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Zimmerhü — werden die „Christen“ sagen — auch Richter können irren! In der Praxis sind die „christlichen“ Gewerkschaften politisch völlig neutral... Die nachstehenden Tatsachen reden jedoch eine andere Sprache:

Im Dezember 1908, bald nach der letzten Reichstagsauflösung, tagte in Düsseldorf eine Konferenz „christlicher“ Gewerkschaftsführer, die aus ganz Westdeutschland stark besucht war. Wie die „Walden Volkszeitung“ meldete,

„kam die Verammlung zu dem einstimmigen Ergebnis, daß bei dem diesjährigen Wahlkampfe alles aufgegeben werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrumspartei mindestens wieder die feindliche Blöße besche.“

Als dies vom „Vorwärts“ festgenagelt wurde, erhielt er „aus christlichen Gewerkschaftskreisen“ in der „Walden Volkszeitung“ zur Antwort:

„Die christlichen Gewerkschaftsführer müßten ganz verkehrte Köpfe sein, wenn sie den politischen Kampf spurlos an sich vorbeiziehen ließen. Werden doch erst durch die Reichstagsauflösung die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.“

Das ist an sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie kommen aber diese freien „christlichen“ Gewerkschaftskreise“ dazu, die freien Verbände wegen derselben Auffassung zu verlästern und sie zu denunzieren als politische Vereine?

In Königssee hielt am 20. Dezember 1908 der „christliche“ Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter eine Mitgliederversammlung ab, die fast ganz von der Erörterung politischer Fragen ausgefüllt wurde. In der Hauptsache drehte es sich um die verflochtene Gemeinderatswahl, bei der der Zentrumskandidat durchgefallen war. Gewerkschaftler, die liberal gewählt hatten, wurden in der Versammlung gehörig abgeföhrt, worüber sich einer dieser „Liberalen“ in der „Sattinger Zig.“ bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschafts-„Christen“ aus der Reihe tanzten und zur Abwechslung statt des Zentrums die Nationalliberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl von 1907. Dort wurden die Mitglieder des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Fahr- und Behergeld erlassen, damit nur der Oberstufmacher Holz in den Reichstag kam. In den zentrumsfesten Gewerkschaftskreisen machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingekerkert werden.

Die Gewerkschafts-„Christen“ an der Saar haben aber ein Faible für politische Wahlen. Und trotzdem sie sich erst 1907 die Finger verbrannt hatten, gefielen sie sich bei der Reichstagswahl 1912 schon wieder in der Rolle der Wahlhelfer. Allerdings wiederum nach zweierlei Schablone. Der gelbe Teil der „Christen“ krieg für die Nationalliberalen auf die Schanzen, die waschechten Schwarzen dagegen für das Zentrum. Das war nicht in der richtigen Ordnung und schädigte daher den „christlichen“ Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter. Der gelehrt bei Wahlen nur, wenn er sie allein fürs Zentrum machen kann. Darum mußte das Organ dieser Gewerkschaft, der „Bergknappe“, in seinem Geschäftsbericht für 1912 berichten:

„Anlässlich der Reichstagswahl wurde dort (an der Saar) der Gewerkschaftsverein von den politischen Parteien in die parteipolitischen Kämpfe hineingezogen und dadurch schwer geschädigt.“

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der „christlichen“ Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist recht deutlich zu erkennen an der Tätigkeit der Zahlstellesotropa des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter. In einer Konferenz stellte sie 1907 zwei Zentrumskandidaten für die Gemeinderatswahl auf. Um die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Zentrumskandidaten zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumskandidat aufgestellt werden sollte. Das geschah 1909 wieder eine Funktionärzeitung des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins nahm die Aufstellung der Kandidaten vor und erkor dazu einen evangelischen Bergmann, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Rechtsabgabebureau des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins beschäftigt und auf das „Kommunalprogramm“ des Zentrums verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumsmann konnte nicht lange seines Amtes walten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gekündigt und mußte die Gemeinde verlassen.

Im Jahre 1911 riskierte es der „christliche“ Gewerkschaftler und Knappschafstälteste W. ein Protestant, als Vertreter des Bürgervereins bei der Gemeinderatswahl in Drottrop zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins, die kurze Zeit darauf in Kirchellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsbeamte W. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erklärt habe. Seine Berufung auf die politische Neutralität fand kein Gehör; er wurde niedergedröhrt und vom Vorsitzenden R. wurde ihm erklärt, daß er das nächstemal nicht wieder als Knappschafstälteste aufgestellt werden sollte.

Auch in Borsdorf machen die „christlichen“ Gewerkschaften die Gemeinderatswahl. Noch bei der vorletzten Wahl stellte das „christliche“ Gewerkschaftskomitee in einer Sitzung die Kandidaten für die 3. Klasse auf und wurden diese vom Zentrum unterstützt.

Die Bezirkskonferenz Gelsenkirchen des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter stellte zur Generalversammlung des letzteren im Jahre 1909 folgenden niedlichen Antrag (Nr. 4 des Protokolls):

„Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der § 8 des Statuts dahin auszuliegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgange den Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können, bei notwendigen Kompromissen jedoch nicht.“

Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und dem „christlichen“ Gewerkschaftsverein über den Antrag zu verhandeln.

Das nicht ein einzelner, sondern die Vertreterkonferenz eines großen Bezirks einen solchen Antrag stellen konnte, läßt immerhin Schluß zu auf die Gepflogenheiten dieser „christlichen“ Gewerkschaft.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn bis dahin ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der „christlichen“ Gewerkschaften, so wurde er gründlich zerföhrt. Sie waren die eigentlichen Wahlmacher, ihnen hat das Zentrum seine Mandate fast ausschließlich zu verdanken. Ja, noch mehr: die politische Betätigung ist den „Christen“ so tief im Blute, daß sie sogar, entgegen ihrer Neigung, den Nationalliberalen Mandate aufschauten. Ohne die fleißige Wahlarbeit der „christlichen“ Gewerkschaften wären z. B. die Wahlkreise Bochum und Duisburg von den Nationalliberalen nicht geholt worden. Im westdeutschen Industriebezirk hätten die Sozialliberalen bei Stichwahlen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt nichts zu tun brauchen, so energisch trat der Wahllapparat der „christlichen“ Gewerkschaften für sie ein.

Diese Stellungnahme der „Christen“ entsprang keinem augenblicklichen Impuls, sondern war lange vorher im Schoße der Zentrumspartei festgelegt worden. Dort sitzen die Maniager, welche die „christlichen“ Quer- und Dummköpfe am Schmirchen halten und nach den diplomatischen Intentionen der Zentrumspartei hampeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte es schon ein ganzes Jahr vor der Wahl ausgeplaudert. Der Beamte des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, Gieseler, sagte schon am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Gelsenkirchen einen annehmbareren Kandidaten aufstelle und dieser mit Otto Hue in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Hue die schönen Tage von Kranzsch vorbeil.

Der Zentrumspresse ging so viel Nebseligkeit wider dem Strich, denn die Nationalliberalen verkanden Gieseler's Wink und stellten einen „christlich“ organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die „christlichen“ Arbeiterstimmen schon im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zufielen, schrieb die „Gelsenkirchener Zeitung“:

„Besonders muß es aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn man liberalerfalls die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, daß der national-liberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Arbeiterkandidatur ein Impuls in fremden politischen Jagdgründen beschäftigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.“

Fremde politische Jagdgründe sind die „christlichen“ Gewerkschaften für jede andere Partei. — diese Jagdgründe hat das Zentrum in Erbpacht. Daß es 1912 dennoch die liberalen Jagdgründe in seine Jagdgründe hineinzieht, verschuldet die Angst vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wächtern der Gehege nicht verborgen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen „christlichen“ Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durchstöberte, um sie politischer Betätigung bezichtigen zu können? Die Antwort darauf gibt nachstehendes:

In Schleswig-Holstein statt. Ein Angestellter des katholischen Volksvereins — Dr. Sonnenstein aus M. Glabbach — hielt einen Vortrag über den Merikatismus; und kam dabei auf die „christlichen“ Gewerkschaften zu sprechen. Der M. Glabbacher Akademiker jagte:

„Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzuhalten, koste es was es wolle, um die sozialdemokratische Sochluft zurückzuhalten.“

Dr. Sonnenstein hat damit die volle Wahrheit gesagt, denn es sind letzter den „christlichen“ Gewerkschaften von konservativen Führern und von Staatsmännern öfters Komplimente gemacht worden für ihre „konservative“ Haltung bei Wahlen und bei Streiks. So hatte im Januar 1912 der Rektor Legeder in Gernoe dem Reichskanzler telegraphisch den Sieg der nationalliberalen Partei geneigt. Der Reichskanzler antwortete:

„Verbündeten Dank für die Meldung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterklasse und des hingebenden Wirkens ihrer Führer.“

Sie bestätigt der Reichskanzler das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der „christlichen“ Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die „christlichen“ Gewerkschaftler mit der „christlich-nationalen Arbeiterklasse“ gemeint, denn die anderen, die wilden Christen, haben keine Führer, die hingebend wirken könnten.

Derselben Verteidigung, der sich die „christlichen“ Gewerkschaften als Wahlmacher beim Reichskanzler zu erlauben hatten, wurden sie gewürdigt als Streikbrecherkorps von konservativen Führern. Als vom 14. bis 16. März 1912 die Interpellation des Zentrums über den Bergarbeiterstreik an der Ruhr im Reichstage verhandelt wurde, sprach der konservative Führer Pogalla v. Wieberstein den „christlichen“ Bergarbeitern seinen Dank dafür aus, daß sie sich dem Streik nicht angeschlossen hatten. Ferner wurde ihnen Dank ausgesprochen vom Nationalliberalen Dr. Böttcher und vom Antisemiten Werner.

Damit wollen wir für heute die „politisch-neutralen“ „christlichen“ Gewerkschaften verlassen. Wir tragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden für politisch erklärt und so mit den freien Gewerkschaften in einen Lohp geworfen werden. Es hieße den herrschenden Gewalten zübel Selbstverleugnung zumuten, wenn sie mit ihren Wahlhelfern und Streikbrechern so unglimpflich verfahren sollten, wie mit der freien Arbeiterklasse. Unrechtwegen sollen die „Christen“ ruhig bleiben, was sie sind. Zeigen wollten wir nur, daß wir sie und ihre Schützer gut kennen.

Aus unseren Rechtsabgabebureaus.

Sitzung des Oberverwaltungsamtes der Knappschafsgewerkschaften (München).

In der am 16. April stattgefundenen Sitzung des Oberverwaltungsamtes der Knappschafsgewerkschaften (München) VII wurden die Verhandlungen über die Berufung des Rudolf Anders wegen zu später Einreichung abgewiesen. Eine Herabsetzung der Rente wurde für folgende Kandidaten ausgesprochen: Peter Lang - Steinbach von 40 auf 30 Prozent, Ludwig Lang - Weitenbach von 20 auf 10 Prozent, Karl Fahm - Kribberg von 25 auf 10 Prozent, F. Gostalt - Weitenbach von 70 auf 33½ Prozent, Karl Meff von 20 auf 10 Prozent, Jakob Trautmann - Weidenbach von 40 auf 30 Prozent, und für Jakob Lietz von 75 auf 60 Prozent. Auf Einstellung der Rente wurde für folgende Kameraden erkannt: Gahmard, Seel und Adam Gurtz. Ein Erhöhungsantrag des Rudolf Gerhard Doff wurde abgewiesen. Etwas mehr Glück hatten einige Kameraden. So wurde dem Erhöhungsantrag des August Segmüller - Minnbach stattgegeben und die Rente von 10 auf 15 Prozent erhöht. Der Berufung des Karl B. v. g. Dittweiler wurde Gehör geschenkt und die Rente von 50 auf 60 Prozent festgesetzt. Desgleichen wurde der Berufung des Dr. Müller stattgegeben und die Rente von 75 auf 80 Prozent festgesetzt. Berg und Müller wird die eingehaltene Rente von 10

begn. 5 Prozent vom Mai 1918 ab nachgezahlt. Den drei Lebigen...

Am Bericht über Lohnangebe betr. der Verletzen an die Berufs...

„Christlicher“ „Rechtsschutz“.

Am 21. Januar wurden auf der königlich-bayerischen Staatsgrube...

Distontogesellschaft und Schaaffhausenscher Bankverein,

deren bisheriges Aktienkapital 200 bzw. 145 Millionen Mark betrug...

Der Generalversammlung der Distonto-Gesellschaft soll zu diesem...

In den Aufsichtsrat des neuen A. Schaaffhausenschen Bankvereins...

Bei der Distonto-Gesellschaft hat sich die Entwicklung des Aktien...

Table with 2 columns: Year, Amount (Mk.). Rows from 1870 to 1914 showing capital growth.

Nach der Erhöhung des Aktienkapitals der Distonto-Gesellschaft...

Table with 2 columns: Institution, Amount (Mk.). Lists various banks and their capital.

Dabei ist aber zu beachten, daß es außerhalb Berlins (meistens...

Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig ... 110 000 000 Mk.

Zu der gewaltigen Kapitalkonzentration im Bankwesen bemerkt...

Bei 300 Millionen Mark Aktienkapital ist also jetzt schon eine...

Das Provinzialgeschäft aber wird, wenn die Banken der Provinz...

Die Erkenntnis kommt spät, doch sie kommt!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Christliche“ Versicherungs-Gesellschaft.

Eine interessante Klage beschäftigte am 22. April das Schöffengericht...

Betrag wäre ein ernstlich gewolltes Darlehen, da der Beklagte die...

Keine Streikbrecher.

Wir teilen in vorheriger Nummer mit, daß die „Christlichen“ Dach...

Es ist unwar, daß in Köln die christlich organisierten Dach...

Diese Verächtung entspricht ausnahmsweise einmal den Tatsachen...

„Christlicher“ Terrorismus beim Kirchenbau.

Zu der Notiz in Nr. 10 unter obiger Überschrift erhalten wir...

1. Es ist unwar, daß ich als Vandalengier der Zentralver...

2. Es ist unwar, daß ich einem Mitgliebe des „freien“ Ver...

Köln-Pollst., 19. April 1914. Heinrich Weber.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Vom Kampf um die Volksversicherung.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten des Herrn Dr. Rapp haben...

„Das ist glatte Unwahrheit! Weber die Dessenlich-Rechtliche,...

Man sieht, wenn zwei sich streiten, erfahren die anderen immer...

Die Volksfürsorge als treibende Kraft.

Die Reform der Volksversicherung, wie sie von den deutschen...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Aufsichtsrat der Concordia A.G.

Wie wir schon in Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet...

In Anbetracht dessen, daß die Antienten in der Vergangenheit...

Die Namen der fünf Herren, die jetzt, ohne einen Finger krümmen...

potent fallen, aber uns ein Urteil zu fällen...

Interessant ist auch, daß Generäle und Herren des preußischen...

Der Höhepunkt „christlich-nationaler“ Heuchelei.

Der Vorstand des Gesamtverbandes „christlich-nationaler“ Streit...

So geht die Sachemiten auch gegen die „Quertreiber“ wüten...

Saargebiet und Reichslande. Hausagitation in Merlenbach.

Aus dem Lager der päpstlich Gebuldeten. Bischof Schmidt von Gröden gegen die „christlichen“ Gewerkschaften.

mit Rom hält und die „politisch-nationalen“ Gewerkschaften...

Die Voraussetzung besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften...

Die drei Bedingungen aber, welche von Katholiken erfüllt werden...

1. Nach Erlaß der päpstlichen Gewerkschafts-Enghylla steht es...

auf jene Gewerkschaften beziehen kann, welche die vom St. Vater...

Der Bischof Schmidt von Gröden wird die hochamtliche Zentrums-

Wer nichts anderes behauptet und verlangt, als daß alle Katho-

Der Bischof Schmidt von Gröden wird die hochamtliche Zentrums-

Briefkasten. Ein freigelegter Bergbauarbeiter. Deine Beschwerde kann nur dann...

Verbandsnachrichten. Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die...

Mitgliedsbuch geschlossen. Dem Kameraden Güti (Saupt-...

Achtung! Niedersteckische Kameraden Achtung! Diejenigen Kameraden...

Lokalbeitrag. Alle Zahlstellen des Bezirks Bochum, sowie die Zahlstellen...

Bücherrevisionen. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Krankentüchtigungs-Auszahlung. Unter Vorgewissung des Mitgliedsbundes und des Krankenkassens...

Zur gefl. Beachtung! Da vielfach Druckaufträge eingehen, aus denen nicht hervorgeht...

Wesentliche Bergarbeiter-Berjammlungen. Sonntag, den 10. Mai 1914.

Zahlstellen-Feste. Bergarbeiter. Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue.

Die große Fachzeitschriften-Schau auf der Buchgewerblichen Weltausstellung...